

Germany-Halle (Saale): Civic-amenity services
OJ S 173/2023 08/09/2023
Contract award notice
Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Hallesche Verkehrs-AG
Town: Halle (Saale)
NUTS code: DEE02 Halle (Saale), Kreisfreie Stadt
Country: Germany
Contact person: V//VS
E-mail: petra.honekamp@havag.com
Telephone: +49 345-5815115
Fax: +49 345-5815130
Internet address(es):
Main address: <http://www.havag.com>

I.4. Type of the contracting authority

Other type: Verkehrsbetrieb

I.5. Main activity

Other activity: Städtische Eisenbahn-, Straßenbahn-, Oberleitungsbus- oder Busdienste

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement**II.1.1. Title**

Vorhaben STADTLand+, M 32 Einführung und Betrieb eines Öffentlichen
Fahrradvermietsystems
Reference number: A 2022/21

II.1.2. Main CPV code

98350000 Civic-amenity services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Vorhaben STADTLand+, M 32 Öffentliches Fahrradvermietsystem, A 2022/21
Einführung und Betrieb eines Öffentlichen Fahrradvermietsystems in Halle (Saale)

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.1.7.

Total value of the procurement

Value excluding VAT: 594 405,00 EUR

II.2. Description

II.2.2. Additional CPV code(s)

60000000 Transport services (excl. Waste transport), 34430000 Bicycles

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DEE02 Halle (Saale), Kreisfreie Stadt

Main site or place of performance: Halle (Saale)

II.2.4. Description of the procurement

Um die Klimaziele des Bundes für den Verkehrssektor bis 2030 zu erreichen, müssen CO₂-Emissionen deutlich reduziert und motorisierter Individualverkehr auf Verkehre des Umweltverbundes verlagert werden. Zur Realisierung müssen unterschiedlichste Reiseketten, Reiseanlässe der Zielgruppen besser unterstützt werden, indem in die Feinerschließung von Wohngebieten, in die Verknüpfung von Angeboten des ÖPNV untereinander und mit den Verkehrsmitteln des Umweltverbundes, in das Angebot des ÖPNV, die Anbindung von POIs, die Einbindung des Radverkehrs im Speziellen sowie in multimodale Angebote und eMobilität investiert werden.

Die Hallesche Verkehrs-AG strebt als Maßnahme im ÖPNV-Modellprojekt STADTLand+ die Schaffung eines attraktiven multimodalen Gesamtangebotes an.

Mit der Einrichtung eines öffentlichen Fahrradvermietsystems in Halle (Saale) sollen die Stärkung und Förderung klimafreundlicher Mobilität und eine Attraktivitätssteigerung des ÖPNV erreicht werden. Dabei profitieren vor allem folgende Nutzer:innengruppen von dem Angebot in Halle (Saale): Besuchende der Stadt, Berufspendelnde und Geschäftsreisende, Freizeitradelnde, Neubürger:innen, Familien, Studierende sowie Auszubildende. Zur Erreichung dieser Ziele sollen im Fahrradvermietsystem Halle (Saale) die drei Fahrradarten konventionelles Fahrrad, Pedelec und Lastenrad angeboten werden.

Die HAVAG als Auftraggeber (AG) beabsichtigt hierfür den Abschluss eines Vertrages über den Betrieb eines öffentlichen Fahrradvermietsystems in Halle (Saale). Das Fahrradvermietsystem soll ab 01.08.2023 öffentlichkeitswirksam starten.

Der Auftragnehmer (AN) hat im Zusammenhang mit dem Förderprojekt SL+ vier Aspekte zu beachten und diese in der Planung und Umsetzung des Fahrradvermietsystems zu berücksichtigen:

1. Im Rahmen des Projekts SL+ entstehen zehn sogenannte Mobilitätsstationen. An diesen müssen Fahrräder bereitgestellt werden.
2. Die HAVAG entwickelt im Rahmen von SL+ eine multimodale Mobilitätsplattform (in Form einer App). Das Fahrradvermietsystem muss in die App integriert werden. Die App ist nicht ausschließliches, aber primäres Zugangsmittel zum Angebot.
3. Die HAVAG plant einen multimodalen Tarif, in welchem unter anderem die Nutzung von Mieträdern mit Freiminuten inkludiert ist.
4. Das Fahrradvermietsystem wird, wie alle weiteren im Rahmen von SL+ entstehenden Produkte, unter der Dachmarke movemix kommuniziert.

Des Weiteren wird der AG mit dem 1. Angebot zwei Alternativangebote abfordern (siehe hierzu Ziffer II. Auftragsgegenstand Datei A1 Allgemeines zum Verfahren).

Variante A:

Auftrag für 400 Konventionelle Fahrräder, 30 Pedelecs und 6 Lastenräder (feste Bestellung zum 01.08.2023)

Optionale Beauftragung 1: 50 Konventionelle Fahrräder (Lieferung 3. Quartal 2023)

Optionale Beauftragung 2: 50 Konventionelle Fahrräder, 30 Pedelecs, 6 Lastenräder (Lieferung 1. Quartal 2024)

Optionale Beauftragung 3: 20 Pedelecs, 8 Lastenräder (Lieferung 2. Quartal 2024)

Variante B:

Auftrag für 400 Konventionelle Fahrräder, 30 Pedelecs mit Wechselakku und 6 Lastenräder (feste Bestellung zum 01.08.2023)

Optionale Beauftragung 1: 50 Konventionelle Fahrräder (Lieferung 3. Quartal 2023)

Optionale Beauftragung 2: 50 Konventionelle Fahrräder, 30 Pedelecs mit Wechselakku, 6 Lastenräder (Lieferung 1. Quartal 2024)

Optionale Beauftragung 3: 20 Pedelecs mit Wechselakku, 8 Lastenräder (Lieferung 2. Quartal 2024)

Weitere Informationen sind in der Projektbeschreibung (D1) enthalten, die den Vergabeunterlagen beigelegt ist.

II.2.5. Award criteria

Quality criterion - Name: Qualität / Weighting: 35

Price - Weighting: 65

II.2.11. Information about options

Options: yes

Description of options:

- Verlängerungsoption für den Betrieb von einmal 2 Jahren
- Anzahl der Fahrräder (konventionelle Fahrräder, Pedelecs und Lastenräder)
- diverse Ausstattungsmerkmale des Stationsaufbaus sowie der konventionellen Fahrräder, Pedelecs und Lastenräder

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Competitive procedure with negotiation

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: no

IV.2. Administrative information

IV.2.1. Previous publication concerning this procedure

Notice number in the OJ S: [2022/S 240-691715](#)

IV.2.8. Information about termination of dynamic purchasing system

IV.2.9. Information about termination of call for competition in the form of a prior information notice

Section V: Award of contract

Contract No: A 2022/21

Title:

Vorhaben STADTLand+, M 32 Einführung und Betrieb eines Öffentlichen Fahrradvermietsystems

A contract/lot is awarded: yes

V.2. Award of contract

V.2.1. Date of conclusion of the contract

22/08/2023

V.2.2. Information about tenders

Number of tenders received: 2

Number of tenders received from SMEs: 1

Number of tenders received from tenderers from other EU Member States: 1

Number of tenders received from tenderers from non-EU Member States: 0

Number of tenders received by electronic means: 2

The contract has been awarded to a group of economic operators: no

V.2.3. Name and address of the contractor

Official name: TIER Mobilty SE

Town: Berlin

NUTS code: DE300 Berlin

Country: Germany

The contractor is an SME: no

V.2.4. Information on value of the contract/lot

Total value of the contract/lot: 594 405,00 EUR

V.2.5. Information about subcontracting

Section VI: Complementary information

VI.3. Additional information

a) Der kostenlose frei zugängliche Download der Unterlagen ist zur ersten Ansicht.

b) Unter Verweis auf § 10 VgV weist die Auftraggeberin explizit darauf hin, dass die Einreichung des Teilnahmeantrags und soweit ein Bewerber im Laufe des Verfahrens zur Angebotsabgabe aufgefordert wird, ausschließlich über das Portal evergabe-online.de zu erfolgen hat. Hierfür ist eine Registrierung auf dem Portal notwendig.

Teilnahmeanträge bzw. Angebote in Papier (per Post), per E-Mail, per FAX sind nicht zulässig und können nicht berücksichtigt werden.

c) Noch nicht bei www.evergabe-online.de registrierte Teilnehmer haben eigenverantwortlich während des Verfahrens dafür Sorge zu tragen, dass sie sich über etwaige Änderungen der Unterlagen bzw. sonstige Informationen über das Portal informieren.

d) Anfragen sind möglichst über das Portal: evergabe-online.de an die Auftraggeberin zu richten.

Es erfolgt keine mündliche Beantwortung von Fragen.

e) Die von der Auftraggeberin ausgereichten Unterlagen sind zu verwenden.

- f) Unterlagen sind in allen Bestandteilen in deutscher Sprache einzureichen; bei fremdsprachigen Dokumenten in deutscher Übersetzung.
- g) Die mit gegenständlicher Veröffentlichung abrufbaren Vergabeunterlagen werden zum Zeitpunkt der Aufforderung zur Angebotsabgabe eventuell noch weiter konkretisiert. Die mit Bekanntmachung veröffentlichten Vergabeunterlagen sind als Grundlage zu sehen, interessierten Unternehmen eine Entscheidung über die Teilnahme zu ermöglichen (siehe auf Erfordernis nach Begründung zu § 41 Abs. 1 VgV).
- h) Soweit eine rechtsverbindliche Unterschrift gefordert wird, ist diese durch den Vertretungsberechtigten des Bewerbers zu leisten. Handelt es sich bei dem Unterzeichner nicht um den aus öffentlichen Registern wie z. B. dem im Handelsregister benannten Vertretungsberechtigten ist die Unterschriftsbefugnis mittels gesonderter Vollmacht nachzuweisen. Allgemeiner Hinweis: bei elektronischen Vergabeverfahren ersetzt die Textform die händische Unterschrift (Angabe des Namens des Vertretungsberechtigten). In der Unterschriftenzeile ist der Name des Bewerbers und die Person anzugeben, die die Erklärung für das Unternehmen abgibt.
- i) Jeder Bewerber darf sich nur einmal bewerben, dass gilt auch für Bewerbungen von Bewerbergemeinschaften sowie für Niederlassungen des Bewerbers, auch wenn sie wirtschaftlich unabhängig sind.
- j) Bei Bewerbergemeinschaften sind die einzelnen Mitglieder der Bewerbergemeinschaft zu benennen (B2).
- k) Kosten für die Erstellung der Unterlagen werden nicht erstattet.
- l) Die Teilnahme von Bewerbern/Bietern an der Öffnung der Teilnahmeanträge /Angeboten ist ausgeschlossen.
- m) Die Auftraggeberin behält sich vor, fehlende, unvollständige und/oder fehlerhafte Nachweise, Unterlagen und Erklärungen unter angemessener Fristsetzung bei den Bewerbern/Bietern nachzufordern. Ebenso behält sich die Vergabestelle vor, die Bestätigung der gemachten Angaben durch weitergehende Nachweise bzw. Originale der eingereichten Kopien zu verlangen.
- n) Die Auftraggeberin behält sich vor, den Zuschlag auf das erste Angebot zu erteilen.
- o) Gegenständliche Ausschreibung steht unter dem Vorbehalt der Klärung der tatsächlichen Mittelbereitstellung durch das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) für das ÖPNV-Modellprojekt STADTLand+. Im Falle der fehlenden Mittelbereitstellung von Fördermitteln ist der Auftraggeber berechtigt, die Ausschreibung aufzuheben. Bietern steht insoweit kein Anspruch auf Ersatz von Aufwendungen bzw. Schadensersatzanspruch zu.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer beim Landesverwaltungsamt
 Postal address: Ernst-Kamieth-Straße 2
 Town: Halle (Saale)
 Postal code: 06112
 Country: Germany

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Hinweis auf § 160 GWB

- (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.
- (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem

Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

VI.5. Date of dispatch of this notice

05/09/2023